

1998 erklärte Schröder, er sei es nicht wert wiedergewählt zu werden, wenn bis 2002 nicht mindestens 3,5 Millionen Arbeitslose erreicht seien. Im Januar 2004 wurden – nach neuer Zählweise – 4.597.400 Menschen als arbeitslos erfasst. Rechnet man nach den bisher gültigen Erfassungsregeln stieg die Zahl der Arbeitslosen um 368.600 gegenüber Dezember 2003. Bei der Beschäftigung ist im Jahresvergleich sogar eine Abnahme um 526.000 zu verzeichnen. Mit dem Rücktritt vom Parteivorsitz reagiert Schröder auch auf den lawinenartigen Mitglieder- und Wählerschwund seiner Partei. Allein im letzten Jahr verlor die SPD fast zehn Prozent ihrer Mitglieder – insgesamt 63.000. Besaßen 1990 noch 950.000 Personen das SPD-Parteibuch, so sind es heute gerade noch 650.000. In den Wählerumfragen ist die Kanzler-Partei auf einen historischen Tiefstand von 24 Prozent gesunken. Um es knapp zu sagen: Schröder hatte keine Lust mehr. In den ersten vierzig Jahren der Bundesrepublik kam die SPD mit drei Vorsitzenden aus. Müntefering ist nun der sechste in den letzten 17 Jahren. „Nur Papst sein ist besser“, hat er jetzt zu seiner neuen Aufgabe bemerkt. Klaus-Uwe Benneter jedoch, der parteipolitisch einen Weg vom Saulus zum Paulus beschritten hat, wurde er doch wegen radikaler sozialistischer Ideen einst aus der SPD ausgeschlossen, scheint die Nähe zu den katholischen Christen indes nicht fortzusetzen. Benneter, der als Juso-Vorsitzender „Benni-Bürgerschreck“ genannt wurde, ist für die Organisation der Veranstaltung „Religion in Europa“ im SPD-Fraktionssaal mitverantwortlich. Dazu wurden verschiedene Bekenntnisse und auch bekennende Atheisten eingeladen – Vertreter der Katholischen Kirche allerdings nicht. Dabei könnte die SPD überirdischen Zuspruch durchaus vertragen. (dr)

IMPRESSUM

HERAUSGEBER UND VERLAG
 Berliner Presse- und Informationsdienste
 Verlags- und Werbegesellschaft mbH (bpi),
 Neue Grünstraße 26 · 10179 Berlin
 Tel.: 030/20 64 16 0, Fax: 030/20 64 16 66

CHEFREDAKTEUR
 Matthias Wambach

REDAKTION
 Dirk Reitze, Marco Hardt

ANZEIGEN
 Alexander Göbel

BANKVERBINDUNG
 Deutsche Bank, Kto-Nr.: 107 117 400 ·
 BLZ 100 700 00

DRUCK
 Union Druckerei Berlin GmbH
 Storkower Str. 127 a · 10407 Berlin

Für nicht angeforderte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

SCHWARZARBEIT

LKA tappt bald im Dunkeln

Von stärkerer Verfolgung und härterem Durchgreifen bei Schwarzarbeit ist seit Jahresbeginn immer wieder die Rede. Bundesfinanzminister Hans Eichel (SPD) hofft mit diesem Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit einen Wandel in der Gesellschaft zu schaffen und das Unrechtsbewusstsein in diesem Bereich zu verändern. Das könnte er schaffen – jedoch anders als gewollt. Während die Beschäftigung einer nicht angemeldeten Putzfrau künftig eine Straftat sein soll, wird die Bekämpfung der mit der Schwarzarbeit zusammenhängenden organisierten Kriminalität – bis hin zu Menschenschmuggel – massiv

erschwert. Die „Kleinen“ sollen die volle Härte des Gesetzes zu spüren bekommen, während



Roland Gewalt, MdB

die Schwarzarbeitermafia neue Schlupflöcher bekommt. Wieder mal ist falsch verstandene

Ehrfurcht vor dem Datenschutz der Grund des Übels. Wenn es nach Hans Eichel ginge, würden die Landeskriminalämter vom Zoll keine Ermittlungsergebnisse mehr für die mit der Schwarzarbeit zusammenhängenden Straftaten, wie Menschen schmuggel oder Urkundenfälschung, erhalten. Die in Berlin mit hoher Effizienz arbeitende gemeinsame Ermittlungsgruppe

„Schwarzarbeit“ würde zukünftig ins Leere laufen. Wie sollen Beamte von Zoll und Landeskriminalamt in einer solchen Ermittlungsgruppe effizient zusammenarbeiten, wenn der Mitarbeiter des Zolls seine Kollegen von der Berliner Kriminalpolizei nicht im vollen Umfang über seine Ermittlungen informieren kann? Der völlig realitätsferne Gesetzesentwurf von Eichel konterkariert das mit ihm verbundene Ziel. Er wird keine Verbesserung der Bekämpfung von Schwarzarbeit bewirken, sondern zum Schikanierzwickel für die ohnehin überlastete Berliner Polizei werden.

von Roland Gewalt

NICHT VERPASSEN Politischer Aschermittwoch am 25. Februar

Mit Eberhard Diepgen

Um 19.00 Uhr, traditionell im „Restaurant „Arminius Markthalle“, Arminiusstraße 2, 10551 Berlin bei den Ortsverbänden Beussel und Stephan

Mit Nicolas Zimmer

18.00 Uhr im „Weihenstephaner“, Hackescher Markt, Neue Promenade 5, 10178 Berlin, bei den Ortsverbänden Dorotheenstadt, Lessing, Rehberge, Schillerpark und Lützw

19.00 Uhr zum Thema „Die finanzielle Roskur - ein Rezept für Berlin“, im Ratskeller Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin, Telefonische Anmeldung unter 347 81 333 beim Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf

„Glaubt den Märchen nicht, denn sie sind wahr!“

Der ehemalige sächsische Minister des Innern **Heinz Eggert**, Moderator der n-tv Sendung „Der grüne Salon“ und die LSU (Lesben und Schwule in der Union) laden ein, in den „Grünen Salon“, am Donnerstag, den 11. März 2004, um 19.30 Uhr.

Kartenreservierung über Jan Kayser, Landesvorsitzender (0177-623 51 43)

Privilegierte Partnerschaft

Die Fraktions- und CDU-Parteivorsitzende Angela Merkel hat sich bei ihrem Besuch in der Türkei für die Aufnahme von Verhandlungen über eine „privilegierte Partnerschaft“ zwischen der Türkei und der Europäischen Union ausgesprochen. Damit stelle die Union klar, dass sie die „Tür für die Türkei zu Europa“ nicht schlie-

ßen wolle, sagte Merkel am Montag nach einem Gespräch mit Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan vor der Presse in Ankara. Da die Europäische Union noch in diesem Jahr eine Erweiterung um zehn neue Mitgliedstaaten zu verkraften habe, sehe die „Perspektive einer Vollmitgliedschaft“ der Türkei weiterhin „kritisch“.



Angela Merkel mit dem Ministerpräsidenten Erdogan

Foto: Laurence Chaperon

GRATULATION

Christoph Stözl feierte am Dienstag seinen 60. Geburtstag. Dass der ehemalige CDU Landesvorsitzende und jetzige Vizepräsident des Abgeordnetenhauses fest in Politik und Gesellschaft seiner Wahlheimat Berlin verankert ist, ließ sich deutlich an Zahl und Rang der Gäste ermaßen, die sich zu seinen Ehren im Abgeordnetenhaus eingefunden hatten. Alt-Landespräsident Richard v. Weizsäcker, der ehemalige DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière, der letzte Regierende Bürgermeister Berlins Eberhard Diepgen, Ex-Bahnchef Heinz Dürr und viele mehr. Die Laudatio wurde von Hermann Rudolph



dem Mitherausgeber des Tagespiegel gehalten. (dr)

AUSBILDUNG: CDA kritisiert SPD/PDS

Die CDU-Sozialausschüsse Berlin (CDA) fordert SPD und PDS auf, sich ihrer Ausbildungsverantwortung im öffentlichen Dienst Berlins zu stellen und die Rücknahme der Ausbildungsmittelkürzungen für die Bezirke umgehend gegenüber dem Senat durchzusetzen. Als unaufhebbarer Widerspruch hat der Landesvorsitzende der CDA Berlin, Joachim Krüger, die Tatsache bezeichnet, dass die SPD Ausbildungsabgaben für die freie Wirtschaft einführt, in Berlin aber gleichzeitig ihrer Ausbildungspflicht im öffentlichen Dienst nicht nachkommt.

Anzeige

SICHERHEIT DURCH KOMPETENZ

SAFETY

- OBJEKTSCHUTZ/REVIERKONTROLLE
- VERANSTÄNDLUNGSDIENST
- ALARMZENTRALE
- ALARMVERFOLGUNG
- ARBEITSSICHERHEIT
- KURIERDIENST
- GLAS- UND GEBÄUDEREINIGUNG
- ERRICHTUNG VON SICHERUNGS- UND RAUMSCHUTZANLAGEN

Safety Unternehmenseinheit GmbH
 Stralauer Allee 35 · 10245 Berlin
 Tel.: 0 30/29 33 94-0 · Fax: 0 30/29 33 94-11